

# Avanti 2

**Theoriebeilage:**
**DEMOKRATIE**  
 Zur Bedeutung  
 des Unterbaus?

**ISO Rhein-Neckar**

Internationaler Klimastreik in Mannheim, 20. September 2019.



Foto: Avanti.

## Klimapäckchen gegen Klimakatastrophe? Generalstreik! Was sonst?

E. B.

Mit ihrem Klimapäckchen hat die GroKo am 20. September die Erwartungen erfüllt. Zumindest die der Konzerne. Aus Fachkreisen hingegen kommt einhellige Kritik. Kampf gegen die Ursachen des dramatischen Klimawandels? Fehlanzeige! Zudem sollen - wie immer - letztendlich die BürgerInnen mit geringem Einkommen die Zeche zahlen.

**A**n demselben 20. September haben weltweit Millionen Menschen in mehr als 160 Staaten gegen die drohende Klimakatastrophe protestiert. Allein in Deutschland sollen es 1,4 Millionen gewesen sein. In der Rhein-Neckar-Region beteiligten sich rund 30.000 am internationalen Klimastreik, über 10.000 davon allein in Mannheim.

Diese außerparlamentarische Mobilisierung war ein enormer Erfolg. Aber werden Massendemonstrationen ausreichen, um eine Wende in der Klimapolitik zu erreichen?

Das ist wegen der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und ihres Einflusses auf die Politik zu bezweifeln. 147 Konzerne beherrschen die Weltwirtschaft (laut ETH Zürich 2011). Sie werden direkt oder indirekt kontrolliert von 2.200 Milliardärs-Clans. Und diese wollen nur eines: Mehr Profit - koste es, was es wolle!

Deshalb sollten alle, die einen wirksamen Klimaschutz wollen, sich noch konsequenter Gedanken über die Perspektiven der Klimabewegung machen.

Die Regierungspolitik missachtet elementare Interessen von Mensch und Natur. Sie verstößt gegen das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ nach Artikel 2 Grundgesetz (GG). Es ist unzweifelhaft, dass die Klimakatastrophe zunehmend Gesundheit und Leben von Menschen zerstört.

Das betrügerische Verhalten von Auto-, Digital-, Energie-, Finanz- oder Lebensmittelkonzernen verstößt gegen die Verpflichtung des Eigentums gemäß Artikel 14 GG, „dem Wohle der Allgemeinheit [zu] dienen“.

Wir sagen: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“

## INHALT

## TITEL

## 01 KLIMASTREIK

Wo bleibt die soziale Frage?

## EDITORIAL/INHALT/ARBEITSPLATZABBAU

## 02 AURELIUS

Ein „Investor“ bei VAG

## BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## 03 BR-MOBBING

Thema für den IGM-Gewerkschaftstag?

## 04 ASBEST

Die tödliche „Wunderfaser“

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

nach dem erfolgreichen internationalen Klimastreik am 20.09.2019 bleiben wir auch in der Oktober-Ausgabe am Ball. Lassen sich die Herrschenden durch bloße Demonstrationen beeindrucken? Beschleunigt das Elektroauto die Fahrt in die Klimakatastrophe?

Zudem verfolgen wir mit Interesse, welche Anträge zum Thema BR-Mobbing beim Gewerkschaftstag der IG Metall zur Debatte und Abstimmung stehen.

Wir befassen uns ferner mit dem weitgehend totgeschwiegenen, aber hochbrisanten Thema Asbest.

Ein Bericht von unserem spannenden Herbstseminar „Solidarität statt Ausbeutung“ zeigt, dass es wesentlich Besseres als die von oben verordnete „Alternativlosigkeit“ und die braunen Schein-„Alternativen“ der AFD gibt.

Thema der Theoriebeilage ist die zunehmend bedrohte (bürgerlich-parlamentarische) Demokratie und ihr Unterbau.

Wir wünschen einen – nur im politischen Sinne – heißen Herbst und viel Spaß bei der Lektüre!

*Eure Redaktion*

## INHALT

## KLIMAKATASTROPHE

## 05 ELEKTROAUTOS

Mit Beschleunigung an die Wand?

## POLITISCHE BILDUNG

## 07 HERBSTSEMINAR

Solidarität statt Ausbeutung

## RÜCKBLLENDE/TERMINE

## 08 VOR FÜNFZIG JAHREN

„Heißer Herbst“ in Italien?

## 08 TERMINE

## THEORIEBEILAGE

## 01 DEMOKRATIE

Zur Bedeutung des Unterbaus

# VAG Mannheim Abbau verringert

H. N.

**8** 0 bis 90 der rund 230 Arbeitsplätze bei VAG sollten vernichtet werden. Das war die Botschaft des neuen Eigentümers AURELIUS im März 2019.

In *finanznachrichten.de* war der Einstieg dieses „Investors“ bei dem traditionsreichen Armaturenhersteller VAG im November 2018 mit diesen Worten gefeiert worden: „VAG-Gruppe mit neuem Eigentümer auf Wachstumskurs“. „Wachstum“ meint in der Sprache der Kapitalisten Profitmaximierung auf Kosten der Beschäftigten und der Gesellschaft.

Gemeinsam mit der Mannheimer IG Metall (IGM) versuchte der erst 2018 neu gewählte Betriebsrat, den Angriff auf das Werk abzuwehren. Es war eine gute Fügung, dass die örtliche IGM Anfang 2019 ihre aktivierende Kampagne „Wir in Mannheim – Gemeinsam stark“ begonnen hatte. An ihr sind auch KollegInnen von VAG aktiv beteiligt.

Die Verhandlungen über einen Interessenausgleich und Sozialplan zogen sich über sieben Monate. Sie waren begleitet von Protesten der Belegschaft.

Anfang September kam es zu einer Einigung zwischen Betriebsrat, IGM und Geschäftsleitung. 15 Arbeitsplätze – statt der

ursprünglich angekündigten rund 90 – fallen der Gier von AURELIUS zum Opfer. 35 KollegInnen aus dem vom Abbau betroffenen Bürobereich hatten allerdings bereits zuvor das Unternehmen „freiwillig“ verlassen.

Dank der Unterstützung durch die IGM ist es dem Betriebsrat gelungen, die Folgen des Abbaus für die betroffenen KollegInnen abzumildern. Die abgeschlossene Vereinbarung umfasst Regelungen zur Kurzarbeit, Versetzungen innerhalb des Werks Mannheim, Abfindungen und eine „Standortsicherung“ für die restliche Belegschaft. VAG verpflichtet sich, auf dem Waldhof einen funktionsfähigen Betrieb mit allen Kernbereichen bis 2022 aufrechtzuerhalten.

Die gewerkschaftlich Aktiven bei VAG sind gut beraten, diesen Zeitraum zu nutzen – für die weitere Verbesserung der Arbeit des Betriebsrats und des IGM-Vertrauenskörpers sowie eine noch stärkere Aktivierung und Organisation der Belegschaft.

Warum nicht auch die Einhaltung des Grundgesetzes („Eigentum verpflichtet“) und ein Verbot von Entlassungen fordern? Die nächsten Angriffe des *Extractors* [Auspressers] AURELIUS kommen bestimmt. ■

# BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung

## Ein Thema für die IG Metall

H. N.

Der 24. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall (IGM) findet vom 6.-12. Oktober in Nürnberg statt. Vor allem sollen dort die großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen für die IGM diskutiert, Beschlüsse für die zukünftige Arbeit der Organisation gefasst und der geschäftsführende Vorstand im Amt bestätigt werden.

**B**R-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung ist dann nur ein kleines Thema unter vielen anderen. Das könnte zumindest der Eindruck sein, der nach der Durchsicht des fast 450 Seiten starken Bandes *Veröffentlichung der Entschließungen, Leittrträge und Anträge* zum Gewerkschaftstag entsteht.

### Zentrale Fragen

Aber eine nähere Beschäftigung mit der Problematik zeigt, dass es hier um zentrale Fragen geht. Erkennt die Gewerkschaft die politische Bedeutung der zunehmend aggressiveren Angriffe des Kapitals? Und ist sie willens und in der Lage die attackierten Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben wirksam zu verteidigen?

Bereits auf dem letzten Gewerkschaftstag vor vier Jahren in Frankfurt am Main gab es eine Debatte über diese Fragen. Damals wurde ein Antrag der Geschäftsstelle Mannheim in leicht geänderter Form angenommen („Aktiv gegen Mobbing von Betriebsräten“, Beschluss 2.041).

Darin heißt es unter anderem: *Diese als Betriebsratsmobbing bezeichnete Erscheinung ist ein Teilaspekt des „Union Busting“, d.h. der strategischen Bekämpfung von Gewerkschaften in den Betrieben. [...] Geschäftsleitungen von Unternehmen [...] gehen systematisch vor, nicht nur um die Bildung von Betriebsräten zu verhindern, sondern auch um engagierte Interessenvertretungen oder einzelne ihrer Mitglieder auszuschalten.*

*Manchmal geschieht dies mithilfe willfähriger „Belegschaftsvertreter“. Fast immer ziehen „Beraterfirmen“ und auf dieses Geschäftsfeld spezialisierte Anwaltskanzleien à la Naujoks die Fäden im Hintergrund. Dabei wird nicht nur die existenzielle wirtschaftliche, sondern auch die schwere psychische Schädigung der gemobbten Kolleginnen und Kollegen bewusst einkalkuliert. Opfer von BR-Mobbing und ihr Umfeld sind ohne umfassende und wirksame Solidarität letztendlich schutzlos. Diese schnell, spürbar und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu organisieren ist eine elementare Aufgabe der IG Metall.*

### Konkrete Maßnahmen

Im Einzelnen wurden deshalb unter anderem folgende Maßnahmen beschlossen:

- *In den Medien der IG Metall wird nicht nur über [...] BR-Mobbing bundesweit berichtet, sondern es werden auch [...] Hintergründe systematisch analysiert.*
- *Die Vorstandsverwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass ausreichende [...] Kapazitäten bereitgestellt werden, um [...] bei der Gegenwehr gegen BR-Mobbing wirksam beraten und unterstützen zu können.*
- *Die Themen „Union Busting“ im Allgemeinen und BR-Mobbing im Besonderen werden als Lernmodule in die Bildungsarbeit für haupt-*

*und ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre aufgenommen.*

- *Ehrenamtliche Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter unserer Gewerkschaft werden regelmäßig zum Thema BR-Mobbing fortgebildet [...].*
- *Zusammen mit DGB und EGB werden die Themen „Union Busting“ und BR-Mobbing auf Bundes- und Europaebene getragen, um [...] gegen diese bedrohliche Entwicklung vorgehen zu können.*
- *Gewerkschaftsnahe Initiativen gegen BR-Mobbing sowie der Austausch und die Vernetzung von betroffenen Kolleginnen und Kollegen werden unterstützt.*
- *Der Mannheimer Appell „Gemeinsam gegen Mobbing von Betriebsräten!“ wird unterstützt [...].*
- *Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall und seine Regionalgliederungen werden mit aktuellen Vorfällen konfrontiert und zur Bekämpfung des BR-Mobbing durch deren Mitgliedsfirmen angehalten.*
- *Die IG Metall wird aufgefordert, sich bei den Regierungen der Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, [...] alle Anstrengungen zu unternehmen, um den gesetzeswidrigen Angriffen auf unsere betrieblichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger Einhalt zu gebieten.*
- *Insbesondere ist das Mittel der „Verdachtskündigungen“ von Betriebsrätinnen und Betriebsräten durch den Gesetzgeber zu unterbinden und auch im Arbeitsrecht dem Grundsatz der Unschuldsvermutung Vorrang zu geben.*

### Neue Anträge

Jetzt liegen dem Gewerkschaftstag erfreulicherweise 10 Anträge vor, die sich direkt oder indirekt mit BR-Mobbing bzw. Gewerkschaftsbekämpfung befassen und eine konsequentere Gegenwehr fordern.

Der kürzeste Antrag kommt übrigens aus Mannheim („Bilanz Kampf gegen Betriebsratsmobbing“). Er lautet: „Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, eine detaillierte Bilanz der Umsetzung des Beschlusses 2.041 des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall vorzulegen.“ ■

**Betriebsräte im Visier**

**Bossing, Mobbing & Co.**

**Gegenmacht stärken!**

**Konferenz**

**Samstag, 19. Oktober 2019**

**13:00 – 19:00 Uhr**

**Gewerkschaftshaus Mannheim**

# „Asbest – die tödliche ‚Wunderfaser‘“

## Ein brisantes Thema

W. A.

**Die Gefährdungen, die durch Asbest entstehen können, sind in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Am 19. September 2019 fand deshalb im vollbesetzten Konferenzraum der Mannheimer IG Metall ein sehr beeindruckender Informationsabend statt.**

Er war von der IG Metall Mannheim (AK Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz) in Kooperation mit der Asbestose Selbsthilfegruppe Baden-Württemberg, Rhein-Neckar-Industriekultur e.V. und dem Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar organisiert worden.

Die Referenten Wolfgang Alles (ehem. Betriebsrat ABB und Alstom), Dr. Gerhard Bort (Medizinaldirektor, RP Stuttgart) und Klaus Schuhmann (Asbestose Selbsthilfegruppe Baden-Württemberg) näherten sich dem brisanten und hochaktuellen Thema aus verschiedenen Blickwinkeln an.

Asbest galt lange Zeit als „Wunderfaser“. Es kam in mehr als 3.000 Produkten zum Einsatz. Auch heute noch ist Asbest in Millionen Gebäuden und in der Umwelt allgegenwärtig. Asbest hat „die größte Industriekatastrophe der Geschichte“ ausgelöst (Maria Roselli, *Die Asbestlüge*, Zürich 2007).

Obwohl bereits Ende des 19. Jahrhunderts in England seine Gefährlichkeit erkannt wurde, ist Asbest erst seit 1993 in Deutschland verboten. Bis 1995 durften hierzulande Asbest-Produkte sogar weiter verbaut werden. Aufgrund des Abbaus staatlicher Kontrollen werden nach Deutschland immer noch asbesthaltige Waren eingeführt.

Weltweit beträgt die jährliche Fördermenge des natürlichen Rohstoffs weiterhin zwei Millionen Tonnen. Asbestabbau findet vor allem in Brasilien, China und Russland statt. In vielen Ländern kommt Asbest nach wie vor zum Einsatz. Ein weltweites Asbestverbot ist also dringend erforderlich.

### Tod durch eine Faser

Asbest ist deshalb so lebensgefährlich, weil schon eine einzelne Faser einen Tumor auslösen kann. Es dauert fünfzehn bis vierzig Jahre, bis eine der asbestbedingten Krebskrankheiten ausbricht.

Schätzungen von Experten gehen davon aus, dass allein hierzulande eine Million Menschen bei ihrer Arbeit Asbestfasern ausgesetzt waren. In der „Gesundheitsvorsorge“ (GVS) erfasst sind derzeit 500.000 Personen.

Die Dunkelziffer der durch Asbest verursachten Erkrankungen ist enorm hoch.

Asbest wirft auch in Mannheim dunkle Schatten. So hat etwa der jahrzehntelange Asbesteinsatz im Kraftwerksbau von BBC (später ABB, Alstom und GE) in Käfertal bis heute bereits den schrecklichen Tod von vielen Kolleginnen und Kollegen verursacht. Der Betriebsrat von ALSTOM Power hat mehrere hundert Asbestopfer namentlich erfassen können. Sehr wahrscheinlich liegt ihre Zahl jedoch über 1.000.

Jedes Jahr werden bei den Berufsgenossenschaften in der

Bundesrepublik rund 3.000 Anzeigen auf Verdacht einer asbestbedingten Berufskrankheit gestellt. Die Anerkennungsquote liegt allerdings nur bei 40 Prozent.

Dies ist ein weiterer Skandal. Er wird durch die bundesweite Missachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Dokumentationspflicht von Gefährdungen am Arbeitsplatz (§ 6 Arbeitsschutzgesetz) erleichtert.

### Alle 5 Minuten ein neues Opfer

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation fallen weltweit jährlich mehr als 100.000 Menschen asbesttypischen Krankheiten zum Opfer. Etwa alle fünf Minuten ist ein neues Opfer zu beklagen. Allein in der Europäischen Union wird bis 2030 mit 500.000 weiteren asbestbedingten Todesfällen gerechnet. In Deutschland sterben jährlich mehrere Tausend.

Es bleibt viel zu tun. Das kann als Fazit der drei Vorträge und der sehr ernsthaften Diskussion festgehalten werden.

Insbesondere ist in der breiten Öffentlichkeit über den Asbest-Skandal und die Asbestgefahren aufzuklären. Weitere Gefährdungen sind konsequent zu verhindern. Die staatlichen Kontrollstellen müssen wieder wirksam gestärkt werden. Und nicht zuletzt ist die Unterstützung von Betroffenen und die Erinnerung an die zahllosen Opfer der Profitgier eine gesellschaftliche Pflicht. ■



Asbestveranstaltung im Mannheimer Gewerkschaftshaus, 19. September 2019.

# Das Elektroauto – Rettung vor der Klimakatastrophe? (Teil II)

K. H.

Am 26. Juli 2019 hatte sich die ISO Rhein-Neckar im Rahmen ihres monatlichen Infoabends in Mannheim mit diesem Thema befasst. Inhaltliche Grundlage war Winfried Wolfs Buch *Mit dem Elektroauto in die Sackgasse - Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt*. Hier die Fortsetzung des Artikels, dessen erster Teil in der letzten Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> erschienen ist.\*

## Warum keine klimaförderliche Verkehrspolitik?

Deutschland ist als Autoland massiv bestimmt durch die Interessen der Autohersteller, deren Handeln ausschließlich profitorientiert ist. Fast die gesamte Verkehrsinfrastruktur ist auf den individuellen Kraftfahrzeugverkehr ausgerichtet. Über viele Jahrzehnte wurde der Schienenverkehr radikal eingeschränkt. Dadurch wurden immer mehr Menschen in die Abhängigkeit vom Auto getrieben. Vor allem die Zerstörung der Industriebasis im Osten des Landes nach der „Wende“, aber auch die Entwicklung im Westen hat viele zu Zwangspendlern gemacht. Sie sind auf die umweltschädliche Subvention der „Entfernungspauschale“, die jährlich ca. 5 Milliarden Euro kostet, angewiesen.

Insgesamt werden jährlich etwa 24 Milliarden Euro für umweltschädliche Subventionen ausgegeben. Um nur die Wichtigsten zu nennen: über zehn Milliarden für die Steuerbefreiung des Kerosins im gewerblichen Luftverkehr und die Mehrwertsteuerbefreiung internationaler Flüge (Bezugsjahr: 2010), über sieben Milliarden für die Energiesteuervergünstigung des Dieselmotors.

Dies alles hilft vor allem der Autoindustrie, um den Absatz ihrer Autos und die Profite zu steigern. Der Slogan der Konzerne und ihrer Lobbyisten in der Politik - „Freie Fahrt für freie Bürger“ - wurde in den vergangenen Jahren von vielen verinnerlicht und soll jetzt im Rahmen der E-Mobilität fortgeführt werden. Bezeichnend ist die Reaktion von Bundesverkehrsminister Scheuer auf den Vorschlag, ein allgemeines Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einzuführen. Diese Idee einer von der Regierung eingesetzten Experten-

kommission zur Reduzierung der klimaschädlichen Emissionen bezeichnete Scheuer als „gegen jeden Menschenverstand“ gerichtet. Der mündige Bürger dürfe nicht ständig gegängelt werden. Das Tempolimit wurde dann folgerichtig auch nicht verwirklicht.

## Die Autoindustrie als „Heilige Kuh“ der Politik

Selbst der Dieselskandal, an dem fast alle deutschen Hersteller beteiligt waren, hat an der Unantastbarkeit der Autokonzerne nichts geändert. Eine wirkliche Verkehrswende weg von der Straße und somit eine spürbare Verminderung der Ursachen der Klimakatastrophe ist nicht gewollt. Sie würde nämlich einen massiven Ausbau des Schienenverkehrs und der Radwege erfordern.

Das Totschlagargument heißt „Arbeitsplätze“. Der angeblichen Sicherung der Arbeitsplätze wird auch die Klimapolitik untergeordnet.

Schon jetzt ist die Autobranche ein Sektor des Kapitals, in dem die Produktion sehr rationell organisiert ist. Die Produktivität, der Ersatz von lebendiger Arbeit durch „tote Arbeit“, durch Maschinen und Roboter, wird auch in naher Zukunft nochmals massiv gesteigert werden. Im Zuge von „Digitalisierung“ und „Elektro-Mobilität“ wird die Fertigungstiefe in den Produktionshallen der Autokonzerne noch weiter schrumpfen. Die Beschäftigungsrate wird einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernest & Young zufolge um 50 % sinken. Viele Unternehmen, insbesondere Zulieferer, haben bereits einen Arbeitsplatzabbau angekündigt. Die Sicherung der Arbeitsplätze steht der Profitlogik der Konzerne diametral entgegen. Die Behauptung, es ginge um die Arbeitsplätze, ist reine Demagogie.

## Statt E-Autos – Konversion der Autoindustrie

Zur Sicherung der Arbeitsplätze ist die Konversion der Autoindustrie auf nachhaltige, umweltverträgliche Produkte und

### Die kapitalistische Zerstörung der Umwelt und die ökosozialistische Alternative



Die kapitalistische Zerstörung der Umwelt und die ökosozialistische Alternative  
Resolution des 17. Weltkongresses der Vierten Internationale

ISO SOAL

Herausgeber:

Internationale Sozialistische Organisation (ISO), deutsche Sektion der Vierten Internationale und Sozialistische Alternative (SOAL), österreichische Sektion der Vierten Internationale

47 Seiten  
2 Euro

Die Broschüre kann bei Mitgliedern von ISO und SOAL gekauft werden. Oder sie wird auf Wunsch für 3,50 € (Vorkasse) zugeschickt, Bestellungen per Brief oder Postkarte an: ISO, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln; oder per E-Mail an: iso@intersoz.org.

„Die Gefahr steigt von Tag zu Tag, aber die Katastrophe kann abgewendet oder zumindest begrenzt und eingedämmt werden. Die entscheidende Ursache für die Bedrohung liegt nicht im Leben des Menschen allgemein, sondern in der gesellschaftlicher Produktions- und Reproduktionsweise, die auch die Art der Verteilung und Konsumtion sowie die kulturellen Werte einschließt. Das seit etwa zwei Jahrhunderten bestehende System – der Kapitalismus – ist nicht nachhaltig, da der Wettbewerb um den Profit als seine treibende Kraft einen blinden Trend zu grenzenlosem quantitativem Wachstum impliziert, das mit den begrenzten Rohstoff- und Energie-reserven der Erde nicht vereinbar ist. Die Länder des sogenannten ‚real existierenden Sozialismus‘ waren im 20. Jahrhundert nicht in der Lage, eine Alternative zur produktivistischen Umweltzerstörung anzubieten, zu der sie auch in bedeutendem Maße beigetragen haben. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Menschheit unter einem bisher nie dagewesenen Zwang, ihre weitere Entwicklung in allen Bereichen so zu kontrollieren, dass sie vereinbar ist mit den Grenzen und der Unversehrtheit der Umwelt, in der sie sich bisher entwickelt hat.“

(aus der mit sehr großer Mehrheit von den Delegierten des Weltkongresses angenommenen Resolution)

Dienstleistungen erforderlich. Im Umweltbereich sind in den letzten drei Jahrzehnten zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Im Bereich der Eisenbahn und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wurden dagegen in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als 200.000 Arbeitsplätze abgebaut. Diese müssten auf alle Fälle wieder aufgebaut werden, wenn wir eine gute Bahn und einen besseren ÖPNV haben wollen.

### Eine neue Verkehrspolitik durchsetzen

Gesamtgesellschaftliche Ansprüche an eine sinnvolle und klimafreundliche Verkehrspolitik, die nachhaltig und umweltverträglich ist, müssen definiert und diskutiert werden. Verschiedene Länder in Europa wie die Schweiz, Dänemark und die Niederlande zeigen mit ihrer Verkehrspolitik, was heute schon möglich ist. Die Förderung des Elektroautos ist das Gegenteil davon.

Die fortschreitende Klimakatastrophe

zwingt uns dazu, uns dieser Auseinandersetzung zu stellen. Die Bewegung *Fridays for Future* allein kann die Klimapolitik nicht verändern. Dafür braucht es die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Kapital, insbesondere die Auseinandersetzung in den Betrieben. Leider haben die Gewerkschaften, von ver.di abgesehen, sich bislang mehr als Hüter der Autogesellschaft verstanden, die im E-Auto die Zukunft sehen. Dabei ist es gerade Aufgabe der Gewerkschaften, der Propaganda der Autokonzerne und ihrer Lobbyisten in der Politik entgegenzutreten.

Neben der Konversion (dem Umbau) der Autoindustrie ist es vor allem der Kampf für eine massive Arbeitszeitverkürzung mit vollem Personal- und Lohnausgleich, die die drohende Arbeitslosigkeit und den sozialen Abstieg vieler KollegInnen verhindern kann. Die Verteidigung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch Verkürzung

der Arbeitszeit ist untrennbarer Bestandteil einer Verkehrswende im Rahmen des Kampfes gegen die Klimakatastrophe.

Die *Fridays for Future*-Bewegung zeigt, dass ein großer Teil der Jugend nicht mehr länger die bisherige Politik akzeptiert, die zur heutigen Situation geführt hat. Sie kämpft für die Zukunft, für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, für eine bessere Welt. Dabei müssen wir sie unterstützen.

Eine bessere Welt erfordert aber eine grundlegende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Einer Gesellschaft, in der nicht mehr der Profit, sondern die demokratisch organisierte Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse wie Ernährung, Bildung, Wohnen, Kultur, Arbeit, Gesundheit, Pflege, Mobilität und Infrastruktur sowie der Schutz der Natur im Zentrum stehen.

\*[Siehe *Avanti*<sup>2</sup> Nr. 61 von September 2019.] ■

## Beschleunigt die „Elektromobilität“ den Klimawandel? Viele Informationen bei Veranstaltung mit Winfried Wolf

H. S.

Am 26. September 2019 fand im Gewerkschaftshaus Mannheim eine sehr interessante Veranstaltung mit dem Autor und Verkehrsexperten Winfried Wolf zum Elektroauto statt. Eingeladen hatte das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim sowie von Attac Mannheim, IG BCE Weinheim und Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar. Über 50 Interessierte wollten mehr über die „Elektromobilität“ erfahren, – und sie wurden nicht enttäuscht.

Das Elektroauto wird von den Konzernen, der Autolobby und der überwiegenden Mehrheit der etablierten Politik und der Medien zum Garanten für eine „grüne“ Zukunft des Verkehrssektors hochstilisiert. Winfried Wolf sieht hingegen im Elektroauto nur eine neue Variante zur Intensivierung der individuellen Automobilität, die Klima, Umwelt, Städte und letztlich auch Menschenleben zerstört. Sein Konzept für eine Verkehrswende fordert nicht nur dezentrale Strukturen und kurze Wege in den Städten, sondern auch Radwegnetze und den umfassenden Ausbau des Öffentlichen Verkehrs insbesondere auf der Schiene.

In der Diskussion wurde mehrmals betont, dass die kritischen Positionen zum Elektroauto viel stärker als bisher einer breiten Öffentlichkeit bekannt und verständlich gemacht werden müssten. Denn selbst in Teilen der Klimabewegung sei die unkritische Unterstützung des Ausbaus der E-Mobilität verbreitet. ■

### Tipp:

Den Vortrag von Winfried Wolf gibt es zum Nachhören im Netz:  
[www.freie-radios.net/97492](http://www.freie-radios.net/97492).



Voller Saal bei der Veranstaltung mit W. Wolf im Gewerkschaftshaus Mannheim, 26. September 2019.

# Eine bessere Welt ist möglich

## Spannendes Seminar

U. D.

**Am 21. September 2019 fand unser Herbstseminar „Solidarität statt Ausbeutung - Wie kann das gelingen?“ im Stadtheim der Naturfreunde Mannheim statt. Zwei grundlegende Fragen standen im Mittelpunkt unseres von den Teilnehmenden sehr positiv bewerteten Treffens: Wie kann politische Demokratie jenseits der Klassengesellschaft organisiert werden? Und: Wie kann ein wirtschaftliches Alternativmodell zum Kapitalismus aussehen?**

### Alle Macht den Räten...

Ausgehend von dem Text *Für Rätedemokratie und Arbeiter-Selbstverwaltung* (Thesen des 12. Weltkongresses der IV. Internationale 1985) wurden die Grundprinzipien direkter Demokratie aufgezeigt. Diese Thesen sind in einer Sprache verfasst, die heute auf den ersten Blick unzeitgemäß wirkt. Aber sie fassen sehr präzise die politischen Erfahrungen der revolutionären ArbeiterInnenbewegung mit direkter Demokratie und Selbstverwaltung in den letzten 150 Jahre zusammen.

In einer Klassengesellschaft ist der Staat nicht neutral, sondern steht im Dienst einer herrschenden Klasse. In der bürgerlichen Gesellschaft ist dies die Klasse der KapitalbesitzerInnen. Diese weitgehend unkontrollierte Macht einer kleinen Minderheit muss in einer solidarischen Gesellschaft, die eine glaubwürdige Alternative anbieten will, durch die Schaffung einer direkten Demokratie überwunden werden.

Die Bedeutung der Räte für die Ausübung direkter Demokratie ist nicht hoch genug zu bewerten. Rätedemokratie kann nur dann wirklich existieren, wenn die in ihr geltenden demokratischen und sozialen Rechte über die der bürgerlichen Demokratie hinausgehen. Ein direkt-demokratischer Rechtsstaat muss auch die Unabhängigkeit der Gerichte beinhalten, damit die BürgerInnen keiner durch politische Willkür geprägten Justiz ausgeliefert sind.

Sicherlich müssen sich die Räte nicht nur lokal und regional, sondern auch national, ja sogar international koordinieren. Doch dies darf nicht zu einem neuen Zentralismus der Macht führen. Ziel der sozialistischen Demokratie ist – in völligem Gegensatz zu stalinistischen Diktaturen – zum einen das „Absterben“ des Staates als Herrschaftsinstrument. Zum anderen ist es die größtmögliche und aktive Beteiligung aller BürgerInnen an der Politik, das heißt an der Gestaltung der Gesellschaft auf allen Ebenen.

Der revolutionäre Sozialist Ernest Mandel (1923-1995) hat zwei entscheidende Voraussetzungen für das Funktionieren einer sozialistischen Demokratie genannt. Erstens die radikale Verkürzung der Arbeitszeit (zum Beispiel auf 20 Wochenstunden) und zweitens die praktische Erfahrung, dass die Entscheidungen „von unten“ auch wirklich umgesetzt werden und zu den erwarteten Resultaten führen. Erst diese beiden Faktoren können verhindern, dass die Menschen nach einer kurzen Zeit der Aktivität passiv werden und der Gefahr einer Bürokratisierung nichts mehr entgegenzusetzen haben.

Die direkte Demokratie (Rätedemokratie) ist aber nicht nur

wesentlich für die Abschaffung des Staates, sondern auch für den Aufbau einer nichtkapitalistischen Ökonomie.

### Bedürfnisorientierte Ökonomie statt Profitmaximierung

Aufgrund seiner „inneren“ Funktionsweise kann der Kapitalismus die globalen Krisen (Umwelt, Krieg, Armut, Flucht, Arbeit, Wohnungsnot, Kultur, Vereinsamung...) nicht lösen. Im Gegenteil, er verursacht diese nicht nur, sondern er verstärkt sie permanent und in einer zunehmend bedrohlicheren Weise.

Deshalb ist dringend eine zukunftssichernde solidarische und ökologische Alternative notwendig. Sie darf nicht wie der Kapitalismus auf Warenproduktion, Konkurrenz und Profitmaximierung beruhen. Vielmehr muss sie sich strikt an den Bedürfnissen der Menschen, an der Erhaltung (bzw. Wiederherstellung) der Natur und damit an der Sicherung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen orientieren.

Eine solche Wirtschaft kann es nur geben, wenn mindestens die große Industrie und der Finanzsektor, der Energie-, der Gesundheits- und der Verkehrssektor sowie die Immobilien- und die Medienbranche vergesellschaftet sind.

Sie muss demokratisch kontrolliert und geplant sein. Das heißt, die ProduzentInnen und alle anderen BürgerInnen müssen sich unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Anforderungen über die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse demokratisch verständigen. Was wird benötigt? Welche Schwerpunkte werden gesetzt? In welchem Umfang werden Ressourcen (Rohstoffe, Arbeitszeit, Energie usw.) zur Verfügung gestellt? Welche neuen Entwicklungen gilt es zu fördern?

Eine solche bedürfnisorientierte Ökonomie ist daher ohne Rätedemokratie nicht realisierbar. ■

### Lese-Tipps:

Bernhard Brosius, „Bedürfnisorientierte Ökonomie – die Wirtschaft der Zukunft“; in: *die internationale theorie*, Heft 29 von Mai 2005, S. 6-13, (im Netz abrufbar unter: [iso-4-rhein-neckar.de/wp-content/uploads/2019/10/IT-Nr-29-6-13.pdf](http://iso-4-rhein-neckar.de/wp-content/uploads/2019/10/IT-Nr-29-6-13.pdf)). Das komplette Heft kann auch noch bei uns bestellt werden.

Für Rätedemokratie und Arbeiterselbstverwaltung, Thesen der IV. Internationale (1985), OKTOBER-Texte 1, 1989. (im Netz abrufbar unter: [iso-4-rhein-neckar.de/wp-content/uploads/2019/10/Okt-1.pdf](http://iso-4-rhein-neckar.de/wp-content/uploads/2019/10/Okt-1.pdf)).

Michel Husson, „Von der sozialistischen Ökonomie hin zur ökologischen Planung“; in: *die internationale*, Nr. 5/2019 von September/Oktober 2019 (im Netz abrufbar unter: [www.inprekorr.de/574-plan.htm](http://www.inprekorr.de/574-plan.htm)).

# Vor fünfzig Jahren „Heißer Herbst“ 1969 in Italien

M. G.

Bereits im Herbst 1968 kam es in italienischen Großbetrieben zu wilden Streiks. Sie richteten sich vor allem gegen die zunehmende Arbeitshetze. Dieser „Leistungsstreik“ fand zunächst unter Kontrolle der KP-nahen Gewerkschaft FIOM-CGIL statt. Sein Ziel war es, Produktionsabläufe zu verlangsamen.

Statt die anfangs aktive Beteiligung der KollegInnen weiter zu fördern und die ArbeiterInnenkontrolle auszubauen, setzte der Gewerkschaftsapparat auf Stellvertreterpolitik. Er verhinderte dadurch, dass die selbst gesteckten Ziele erreicht werden konnten.

Im Frühjahr 1969 legten die Turiner FIAT-ArbeiterInnen erneut die Arbeit nieder. Anlass ihres Protests war die blutige Unterdrückung sozialer Unruhen im süditalienischen Battipaglia. Dies löste eine breite Solidaritätsbewegung in ganzen Land aus, den sogenannten roten oder schleichenden Mai.

Die Arbeiterbasis nahm nun das Heft des Handelns direkt in die Hand. Schon 1968 hatten sich in vielen Betrieben *Einheitliche Basiskomitees* (CUB) herausgebildet, die sich 1969 in ein nahezu landesweit verbreitetes Netz von *Fabrikdelegierten* umwandeln.

Die Delegierten wurden in Vollversammlungen gewählt und waren jederzeit wieder abwählbar. Aus ihnen setzen sich damals auch die Streikleitungen zusammen. Vor den Großbetrieben fanden jede Woche öffentliche Vollversammlungen statt, damit auch andere Menschen daran teilnehmen konnten.

Ihren Gipfel erreichte die Bewegung im Herbst 1969. Auslöser dieses „Heißen Herbsts“ war ein spontaner Streik für die Umsetzung der vereinbarten innerbetrieblichen *Aufstiegsregelungen*. Er

begann im Turiner FIAT-Werk am 2. September und dauerte mehrere Monate, bis im Dezember die Kapitalseite deutliche Zugeständnisse machte.

Es war für die zugespitzte Lage kennzeichnend, dass der Gewerkschaftsapparat sich dieser Basisbewegung mit direkter Demokratie nicht offen entgegenstellte, sondern sie ab 1970 in das neue System der *Fabrikräte* zu integrieren versuchte. Die Welle massiver Klassenkämpfe, an der sich Millionen Menschen beteiligt hatten, ebte Anfang der 1970er Jahre ab. ■



„Heißer Herbst“ in Italien 1969.

Foto: Privatarchiv.

## ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MI, 02.10.2019, 19:00 Uhr, „Unser die Welt - trotz alledem“, Konzert im Stadtmuseum LU, Rathausplatz 20, LU
- MO, 07.10.2019, 19:30 Uhr, Film „Luft zum Atmen - 40 Jahre Opposition bei Opel Bochum“, SWK, Fritz-Salm-Str. 10, MA
- DI, 15.10.2019, 18:00 Uhr, „Die Mauer überwinden – eine Vision für Israelis und Palästinenser“, Maxstr. 38 (Melanchthonkirche), LU
- MI, 16.10.2019, 16:00 Uhr, Kundgebung gegen das baden-württembergische Polizeigesetz, Marktplatz MA
- DO, 17.10.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 19.10.2019, 13:00 Uhr, Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 25.10.2019, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- DI, 29.10.2019, 19:00 Uhr, „Zionismus, Antisemitismus und die Entstehung Israels“, Trafohaus, Kepplerstr. 22, MA
- DO, 31.10.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA

#### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)

